

Eine griechische Tragödie

mit deutschen Wurzeln

Wir lesen alle die Meldungen über einen drohenden Staatsbankrott Griechenlands in den Medien. Ich erhalte viele besorgte Zuschriften und Anrufe, in denen mich Menschen fragen, wie es nur so weit kommen konnte mit den griechischen Finanzen, und ob man die Griechen nicht einfach aus der Europäischen Währungsunion und damit aus dem Euro werfen sollte. Wie so oft in der Politik gibt es auf diese Fragen keine einfachen Antworten.

Bei Eintritt in die Europäische Gemeinschaft 1981 war die griechische Wirtschaft auf Kleinhandel und Landwirtschaft ausgerichtet. Die EU-Mittel wurden nicht zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit eingesetzt, sondern zu einem gutem Teil in den Ausbau des öffentlichen Dienstes gesteckt. Damit wurden die Subventionen nicht in zukunftsweisende Investitionen gesteckt, sondern wurden konsumiert. Löhne und Gehälter stiegen schneller als die Produktivität, so dass im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften die Lohnstückkosten zu stark gestiegen sind und damit die Wettbewerbsfähigkeit von Griechenland. Das führte zu einer immer weiter steigenden Staatsverschuldung Griechenlands.

Das ist die griechische Seite der Krisenmedaille. Es gibt aber auch eine deutsche Seite. Durch die sehr zurückhaltenden Lohn- und Gehaltssteigerungen in Deutschland in den letzten Jahren, sanken die Lohnstück-

kosten. Das führte dazu, dass die deutsche Exportwirtschaft im internationalen Vergleich gestärkt wurde. Deutschland konnte so deutlich mehr Waren exportieren, als es mit höheren Löhnen und Gehältern möglich gewesen wäre. Wir haben als Volkswirtschaft also unsere drohende Arbeitslosigkeit exportiert. Das entschuldigt nicht die Fehler, die in Griechenland gemacht wurden und entlässt auch nicht die dortige Regierung aus ihrer Verantwortung. Aber wir dürfen unseren Beitrag in einem geeinten Europa nicht vergessen. Deshalb ist es meiner Meinung nach wichtig, dass wir in Deutschland über unsere Lohnpolitik sprechen und uns in Europa für eine koordinierte Wirtschafts- und Steuerpolitik einsetzen. Nur so werden wir diese und künftige Krisen meistern können.

Liebe Freundinnen und Freunde,

leider sind die Olympischen Winterspiele in Vancouver vorbei. Ich habe öfters nachts vorm Fernseher den deutschen Sportlerinnen und Sportlern die Daumen gedrückt.

Ich wünschte mir, die schwarz-gelbe Koalition würde so gut funktionieren wie der deutsche Goldexpress. Mich erinnert die Koalition eher an Bobfahrer aus Jamaika. Allerdings gilt beim Regieren nicht das Olympische Motto.

Euer,

Achim Barchmann



Wahlkreis

Interkulturelle Altenpflege immer wichtiger

Der Anteil der älteren Menschen in unserer Gesellschaft wird immer größer. In vielen Bereichen diskutieren wir dieses Thema unter der Überschrift „Demografischer Wandel“. In meinen Augen ist dabei ein Aspekt noch zu wenig beachtet worden. Denn natürlich gelangen auch die in den 50er bis 70er Jahren zu uns gekommenen Migranten ins Rentenalter. Diese brauchen aufgrund ihrer Herkunft und ihrer oft besonderen Lebenssituation eine spezielle Altenpflege. Eine gut besuchte Podiumsdiskussion der AWO Helmstedt widmete sich jetzt diesem wichtigen Thema.

Gerade in unserer Region Helmstedt-Wolfsburg leben viele ehemalige Gastarbeiter aus Italien, der Türkei und Tunesien. Viele von ihnen haben ein hartes Arbeitsleben, weitab von Familie und Heimat, hinter sich. Oft haben diese Mitbürger starke körperliche und psychische Belastungen zu tragen gehabt. Leider nutzen aber nur wenige von Ihnen die örtlichen Angebote der Altenhilfe - Tagesbetreuung, Pflegestationen und Pflegeeinrichtungen. Grund dafür sind oft kulturelle Besonderheiten oder sprachliche Barrieren und die daraus entstehenden Berührungspunkte. Bei der Veranstaltung wurde klar, dass Politik und Sozialverbände diese Herausforderung annehmen und spezielle Angebote für unsere Mitbürger mit Migrationshintergrund entwickeln wollen. Nicht zuletzt können auf diesem Gebiet viele Arbeitsplätze für jugendliche Migrantinnen und Migranten entstehen, die sich mit den jeweiligen Kulturen bestens auskennen.

Ich werde diese Entwicklung begleiten und mich vor Ort weiter für die interkulturelle Altenpflege einsetzen. Sie ist unsere Chance, den ehemaligen Gastarbeitern ein würdevolles Älterwerden zu ermöglichen, das Zusammenleben der Kulturen zu verbessern und Arbeitsplätze zu schaffen.

Nachwuchsjournalistinnen

interviewen Achim Barchmann

Früh übt sich. Diese Weisheit beherzigten drei Schülerinnen des Gymnasiums Anna-Sophieaneum aus Schöningen. Im Zuge ihrer Facharbeit in Politik interviewten Eileen Nehr Korn, Sarah Fröhlich und Vanessa Ullrich mich in meinem Helmstedter Wahlkreisbüro.

Über eine Stunde diskutierten wir über politische Themen wie Wahlwerbung, Beteiligung von Jugendlichen in der Politik und Politikverdrossenheit. Ich war beeindruckt, mit welcher Professionalität die jungen Schülerinnen sich auf die Themen vorbereitet hatten. Diese Neugierde in Sachen Politik ist leider nicht immer selbstverständlich.



Wer ein solches Interesse wie die Schülerinnen für Politik aufbringt, dem gebe ich gern auch die Möglichkeit sich das politische Berlin anzuschauen. Deshalb lade ich die Schülerinnen gern zu einer zweitägigen Berlinfahrt des Bundespresseamtes ein.

Die Vermittlung von Politik an Jugendliche ist für mich ein ganz wichtiger Aspekt. Schließlich sind sie es, die später die Politik dieses Landes mitgestalten sollen. Neben meinen Besuchen in Schulen vor Ort lade ich regelmäßig Schulklassen in den Bundestag zur Diskussion ein. Besonders freue ich mich auf den diesjährigen Jugendpresstag. Junge Nachwuchsredakteure besuchen dann Berlin, um mehrere Tage hinter die Kulissen der Berliner Politik zu blicken. Diesmal wird auch ein Teilnehmer aus Wolfsburg dabei sein.

8. März - Internationaler Frauentag

Es bleibt viel zu tun!

Am nächsten Montag ist der Internationale Frauentag. Dazu passt, dass wir diese Woche im Bundestag intensiv über die Gleichstellung von Mann und Frau im Berufsleben debattiert haben. Und obwohl wir mittlerweile schon seit Jahrzehnten über dieses Thema diskutieren, ist es nach wie vor brandaktuell. Der Gleichstellungsbericht des World Economic Forum von 2009 bescheinigt, dass Deutschland in punkto Gleichstellung nicht gut dasteht. Wir rangieren dort sogar noch hinter den Philippinen.

Frauen in Deutschland verdienen bei gleicher Arbeit immer noch weniger als ihre männlichen Kollegen. In den Führungsetagen sind Frauen immer noch mit der Lupe zu suchen. Frauen erhalten bei uns 22 Prozent weniger Gehalt als Männer für dieselbe Tätigkeit. Dazu kommt, dass viele Frauen im Niedriglohnsektor arbeiten. So ist es ihnen kaum möglich, von einer Vollzeitstelle ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Von der daraus resultierenden Gefahr für Altersarmut ganz zu schweigen. Da sind wir als Sozialdemokraten gefordert. Wir müssen zusammen mit den Gewerkschaften vor Ort dafür sorgen, dass gilt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Außerdem müssen wir unsere Kommunen dazu bringen, wieder mehr gut ausgestattete volle Stellen für Gleichstellungsbeauftragte zu schaffen. Die finanzielle Ausstattung dieser Stellen sinkt landesweit seit Jahren.



Fast hätte Ministerpräsident Wulff übrigens sogar die ganze Abteilung „Gleichstellung“ im niedersächsischen Familienministerium eingespart.

Da darf es nicht verwundern, wenn bei uns die Frauen im Arbeitsleben noch immer benachteiligt werden.

Die Bundesregierung setzt angesichts all dieser Tatsachen unbeirrt auf die Freiwilligkeit der Arbeitgeber. Sie nimmt die Frauen nicht ernst. Aber es ist mittlerweile klar, dass dieser Weg nichts bringt. Wir brauchen jetzt klare gesetzliche Regelungen. Deshalb haben wir als Bundesfraktion diese Woche einen Antrag dazu eingebracht. Wir wollen ein Entgeltgleichheitsgesetz, einen gesetzlichen Mindestlohn sowie eine Quote von mindestens 40% Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen. Damit nehmen wir die Anliegen der Frauen endlich ernst!

Vor allem ist es aber auch wichtig, dass wir nicht nur Anträge in Berlin einbringen. Für die Gleichstellung von Frau und Mann kann jeder von uns etwas tun - vor Ort im Gemeinderat, im Stadtrat, im Betrieb und im Verein. Daran werden wir Sozialdemokraten von den Bürgerinnen und Bürger gemessen: Dass wir die Dinge im Alltag umsetzen, die wir in unseren Programmen und Sitzungen beschließen.

Termine - Hier können Sie mich treffen:

06.03. 10:00-12:00 Uhr	Bürgersprechstunde in der Gemeindeverwaltung Lehre
06.03. 15:00-17:00 Uhr	Stadtjugendfeuerwehrtag, Dorfgemeinschaftshaus Wolfsburg-Warmenau
13.03. 19:00-21:00 Uhr	Traditionsfeier der Ortsfeuerwehr Rhode, Dorfgemeinschaftshaus Rhode